

Fraktion Unabhängige Listen

Linke Liste / Solidarische Stadt | Kulturliste Freiburg | Unabhängige Frauen Freiburg



Unabhängige Frauen
Freiburg



Irene Vogel

Linke Liste /
Solidarische Stadt



Michael Moos

Kulturliste
Freiburg



Atai Keller



Ulrike Schubert



Paul Bert



Hendrik Guzzoni



Jahre
Unabhängige
Listen
im Freiburger
Gemeinderat
2004–2009

Nie mehr 2. Liga



Die Unabhängigen Listen – fünf gemeinsame Jahre

Die Fraktionsgemeinschaft der Unabhängigen Listen (UL) war etwas Neues in Freiburgs kommunalpolitischer Landschaft, und es gab nicht wenige, die unkten und dieser Verbindung keine allzu lange Lebensdauer prophezeiten. Wir schreiben das Jahr 2009, die Wahlperiode geht zu Ende, und die UL haben durchgehalten, und nicht nur das. Wir ziehen Bilanz und wollen darlegen, wie sich die UL mit ihren vielen aktiven MitarbeiterInnen zu einer ernst zu nehmenden Opposition in der Stadt entwickelt haben. Rein zahlenmäßig hatten wir bei anstehenden Entscheidungen nicht den Hauch einer Chance, und oft schloss sich bei den vielen Abstimmungen in diesen fünf Jahren niemand unseren sechs Stimmen an. Das bedeutete aber keineswegs, dass wir alle politischen Auseinandersetzungen verloren hätten.

Ganz im Gegenteil haben wir eine Menge bewirkt: Das beweist schon der gewonnene Bürgerentscheid, an dem wir kräftig mitgewirkt haben, das Ja zu den städtischen Wohnungen. Stichworte wie Schulsanierung ohne Privatinvestor (PPP), die Verhinderung der Privatisierung des Westbads, die Rettung der Bäder Hochdorf und Lehen, die Sanierung des Adelhauser Museums ohne die Verlegung auf den Mundenhof, die Verabschiedung des Kulturkonzepts, keine Sporthalle im Faulerpark und schließlich der FreiburgPass, wenn auch noch ohne VAG, belegen und bekräftigen unsere politische Haltung.

Jedoch wir konnten nicht verhindern, dass Schwarz/Grün die Stadtbau auf massive Mieterhöhungen verpflichtet hat. Wir konnten die drei Kürzungsrunden in den Bereichen Kultur und Sport nicht verhindern, ebenso wenig wie die fortlaufende Ausdünnung städtischen Personals und damit kommunaler Dienstleistungen. Wir konnten nicht verhindern, dass in diesen fünf Jahren die bis dahin geltenden Anforderungen

UL-GemeinderätInnen und einige Aktive aus den Listen anlässlich einer Tagung im Sommer 2005 – von links nach rechts:

Paul Bert, Rita Stoevasius, Traute Hensch, Irene Vogel, Dr. Jörg Scharpff, Atai Keller, Michael Moos, Günter Theiss, Renate Bert, Martina Herrmann
sitzend: Hendrikk Guzzoni, Norbert Hahn, Ulrike Schubert

an bauliche Qualität geschleift wurden und die Innenstadt zur „Fanmeile des Kommerzes“ geraten ist. Wir konnten nicht verhindern, dass die Stadtpolitik mehr und mehr zu Stückwerk verkommen ist, ohne Visionen und Konzepte. Am 7. Juni 09 stellen sich die drei Listen: Die Linke Liste – Solidarische Stadt (LisSt), die Kulturliste Freiburg (Kult) und die Unabhängigen Frauen Freiburg (UFF) erneut getrennt zur Wahl. Wie und in welcher Konstellation es dann weitergeht, wird nach der Wahl entschieden. Die bisherige Arbeit der UL stellt jedenfalls eine solide Grundlage auch für eine weitere Arbeit in und außerhalb des Gemeinderats Freiburg dar.

Impressum:
Fraktionsgemeinschaft Unabhängige Listen (UL),
Rathausplatz 2-4, 79098 Freiburg,
Tel. 201-1870 / Fax 26234 / V.i.S.d.P. Dr. Jörg Scharpff
fraktion-ul@stadt.freiburg.de
www.unabhaengige-listen-freiburg.de

Redaktion: Hendrikk Guzzoni, Atai Keller, Michael Moos,
Dr. Jörg Scharpff, Ulrike Schubert, Irene Vogel

Druck: Druckwerkstatt im Grün

»Das alles und noch viel mehr!«

Das sang Rio Reiser in den 90ern, einer der Könige von Deutschland. Die Kultur ist Motor und Elixier zugleich. Die besondere kulturelle Entwicklung Freiburgs – geprägt durch eine starke alternative Szene und eine kritische Studentenschaft in den 80ern – hat ihre deutlichen Spuren hinterlassen. Es gibt eine vielseitige Kulturszene, viele Einrichtungen haben sich mit ihren Programmen in der Stadt etabliert und fördern damit die Bedeutung Freiburgs als Kulturstadt. Ein starkes Stadttheater setzt seit Jahren deutliche Akzente in Richtung künstlerischer Einmischung in das politische Stadtgeschehen. Das alles hat die schwarz-grüne Allianz nicht davon abgehalten, durch etliche Kürzungsrunden und kleinkarierte Streichungen die kulturelle Entwicklung der Stadt zu bremsen und manche Einrichtung an der Rand ihrer Existenz zu bringen. Da helfen auch keine momentanen Wahlgewinne von Schwarz/Grün. Alle Festivals der Stadt sind gestrichen oder auf ein Minimum beschränkt worden, der Kunstverein zum Beispiel wurde um

10% gekürzt und geriet damit in einen personellen Engpass. Kultur braucht jedoch Freiheit und Entwicklungsmöglichkeiten, immer wieder muß Neues entstehen können, ohne das Errungene gleich in Frage zu stellen. Kulturkonzept, Kulturhauptstadtbewerbung, Haus der Kulturen, Stadtteilkultur, Stadt der Künste, das alles sind Ansätze, die in Zukunft stärkere Unterstützung brauchen, wenn es nicht bei bloßen Lippenbekenntnissen bleiben soll.

Die Begradigungen im Kopf gehen einher mit engen Vorschriften im öffentlichen Raum. Schwarz-grüne gegenseitige Abhängigkeit und Machterhalt in der Politik schaffen ein brisantes Gemisch im Lebensraum Freiburg. Plätze, Wege und Flächen sind der Vermarktung unterworfen, die Werbung bestimmt das Freiburger Stadtbild, die Baulandschaft ist geprägt von kommerzieller Ausnutzung zulasten der Kreativität und visionärer Gestaltung. Das alles haben wir in den letzten fünf Jahren angeprangert, haben dagegen argumentiert und selten auch demonstriert. Es braucht mehr Mut



und gemeinsame Anstrengungen im Gemeinderat und auch außerhalb, um ein Umdenken zu erreichen. Die Bewerbung zur Kulturhauptstadt 2020 bietet genügend Anreiz und Motivation dafür. (Atai Keller)

Frauenpolitik

ist in den letzten Jahren nicht mehr innovativ gewesen – sie beschränkte sich auf Bestandswahrung oder war lediglich Anhängsel der Familienpolitik. Wir bedauern diese Entwicklung sehr. Sie hatte zwei Gründe: Vor allem hat der Beschluss, Gender mainstreaming als Ziel festzulegen, die Konsequenz gehabt, dass Frauenförderung und Frauenpolitik kaum mehr stattfanden, zum andern führte die Blockbildung im Gemeinderat dazu, dass die bewährte fraktionsübergreifende Zusammenarbeit unmöglich wurde. Trotzdem gab es zuletzt Fortschritte, z.B. in der Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie mit dem schrittweisen Ausbau einer bedarfsgerechten Kinderbetreuung. Wir hoffen auf eine frauenfreundlichere Zusammensetzung des nächsten Gemeinderates, damit wir wieder mehr für Frauen erreichen können. (Martina Herrmann)

Null Gleichberechtigung

Frauen sind die billigeren Arbeitslosen, sie haben meist die schlechter bezahlten Berufe, kommen deshalb häufiger in Hartz IV. und verbleiben länger. Insbesondere die Vermittlung Alleinerziehender in Arbeit erfolgt nachrangig, und die ARGE hält weniger berufliche Maßnahmen für sie bereit. Wir fordern mehr Maßnahmen zur beruflichen Integration von Frauen.

Weil ausländische Berufsabschlüsse nicht anerkannt werden, fehlen im Dienstleistungs-, Sozial- und Bildungsbereich Menschen mit interkultureller Kompetenz. Wir fordern Maßnahmen zu deren Anerkennung und erwarten von der Stadt, dass sie bei Einstellungen als Vorbild vorangeht. (Irene Vogel)



Wer in Freiburg lebt, soll auch wählen dürfen, ob mit oder ohne EU-Pass. Der Freiburger Gemeinderat ist sich darin einig, mit Ausnahme der CDU. Sie ist es auch, die bundespolitisch verhindert, dass das Kommunalwahlrecht entsprechend geändert wird.

Wege aus der sozialen Benachteiligung

Viel Reichtum und viel Armut gibt's in Freiburg, statistisch dargestellt als soziales „Gefälle“ von Ost nach West. Die Wirklichkeit liegt natürlich nicht ost-westlich, sondern zwischen Oben und Unten. Konsequenterweise forderten die UL einen jährlichen Armuts- und Reichtumsbericht zu dieser Freiburger Lebenswirklichkeit: Dramatisch entwickeln sich z.B. die „working poor“ arm trotz Arbeit, die Hartz IV-Aufstocker, der hohe Anteil alleinerziehender Frauen und der fast 20% „Hilfebedürftigen“ unter 25 Jahren und vor allem der Kinder in Armut. Als einzige stimmten die UL gegen den 20%igen Stellenabbau und votierte gegen 1-Euro-Jobs – auch bei der Stadt. UL-Anträge forderten den FreiburgPass, das Sozialticket, die Anhebung der Mietobergrenze, die umso nötiger wurde durch den Mietspiegel, der de facto ein Zerrspiegel ist. Wir fordern auch, dass Frauen und Familien mit Kindern nicht zwangsweise umziehen müssen, denn in ihrer Situation sind sie und ihre Kinder umso mehr auf ein unterstützendes Umfeld angewiesen. Wir beantragten die Teilnahme eines Betroffenen vom „Runden Tisch“ Hartz IV im Arge-Beirat, einer von ca. 17.000 in Freiburg, für Grüne und die CDU einer zuviel. Die Bekämpfung von Armut und das Ringen um mehr soziale Gerechtigkeit war und ist für die Fraktion wesentlich – im Rathaus – und davor. (Ulrike Schubert)

Schwerpunkt Kinderarmut

Fast die Hälfte aller Kinder kommt aus einkommensschwachen Familien. Unsere Initiativen und Forderungen galten dem, was jedes Kind für seine ganzheitliche Entwicklung braucht: Wir haben Haushaltsanträge gestellt für ausreichend Krippen- und Krabbelstufen-Plätze, denn nur 20% der Kleinkinder sind versorgt, der Bedarf liegt bei 40%. Wir haben die Sprachförderung mitinitiiert, aber viele Kinder aus ärmeren Familien brauchen weitaus mehr, weil ihre Erlebenswelt auf das Notwen-

digste begrenzt ist. Für die umfassende Förderung aller Kinder fordern wir deshalb kleinere KiTa-Gruppen und einen schnelleren Ausbau der Ganztagschulen. Letztere benötigen ausreichend Personal und Sachmittel, um Projekte von Jugendorganisationen, Vereinen und Kultureinrichtungen in den Schulalltag integrieren zu können. Eines unserer Ziele ist, KiTas und Schulen zu Familienzentren zu machen, Mütter und Väter, Migranten und Deutsche einzubeziehen, in Fragen der Erziehung, Bildung und Gesundheit zu beraten und bei Entscheidungen zu helfen. Insbesondere Alleinerziehende brauchen diese Unterstützung. (Irene Vogel)

Gelungene Initiativen der UL – trotz vieler sozialer Kürzungen:

- Städtische Zuschüsse für die Schulausstattung von Kindern aller Wohngeldberechtigten
- die volle Kostenübernahme bei Klassenfahrten
- das Ein-Euro-Essen in den KiTas, das Schwarz/Grün auf die wenigen Ganztagschulkinder beschränken wollte
- Absicherung von Erziehungsberatungsstellen und der Einrichtungen für Frauen- und Mädchen

Freiburg – offene Stadt?

Eine offene, tolerante Stadt hat man nicht einfach, man muss sie tagtäglich neu erkämpfen. Eine offene Stadt hält ihre Plätze öffentlich, stattdessen werden in Freiburg immer mehr Plätze privatisiert.

Einer offenen Stadt ist die Versammlungsfreiheit wichtig. Doch in Freiburg werden Demonstrationen durch das Amt für öffentliche Ordnung mit Auflagen eingeschnürt, rundum abfotografiert, aufgezeichnet und mittels Polizeispalieren von den Passanten abgeschirmt. Eine offene Stadt ist für alle da. Gegen unsere Stimmen hat aber der Gemeinderat beschlossen, dass Menschen von öffentlichen Plätzen vertrieben werden



Spielturm Weingarten



- Budgeterhöhung der Beratungsstellen gegen sexuellen Missbrauch von Jungen und Mädchen
- FreiburgPass.

können, die dort Alkohol konsumieren und die öffentliche Ordnung stören könnten. Das trifft Obdachlose und Suchtkranke, die ohnehin quer durch die Stadt vom KG II in den Colombipark und weiter in den Stühlinger verjagt werden. (Michael Moos)



Haushaltspolitik: schwindelerregend wie politischer Schwindel

Die Haushaltspolitik unter Salomon und Neideck ähnelt einer Achterbahn. Obwohl angesichts der anziehenden Konjunktur alle Zeichen für erhebliche Steuermehreinnahmen sprachen, sollten im November 2006 alle städtischen Wohnungen verkauft werden, um einen angeblich bevorstehenden Bankrott der Stadt abzuwenden. Noch im selben Monat musste EBM Neideck einen „peinlichen Mehreinnahmeschock“ vermelden. Seither fließt so viel Geld in die Stadtkasse, dass die schwarz-grüne Mehrheit Mühe hatte, glaubwürdig ihr Festhalten an der Kürzungspolitik im Personalbereich und bei Zuschüssen für Soziales, Kultur und Sport zu begründen. Die

Abhängigkeit der Steuereinnahmen von den Konjunkturschwankungen war nie anders, aber die Geschwindigkeit, mit der die Einschätzung der finanziellen Leistungskraft der Stadt geändert wurde, war so schwindelerregend, dass auch wohlmeinende Begleiter der Salomonschen Politik sich nicht mehr zu recht fanden. Die aktuellen Blitz-Beschlüsse, Abriss und Neubau der Kronenbrücke (Kosten noch unbekannt) und Sanierung des Eisstadions für fünf Jahre bei gleichzeitiger Zusicherung eines Neubaus zeugen von allem anderen als seriöser Haushaltspolitik. Jede/r rechnet damit, dass schon spätestens 2010 die Steu-

ereinnahmen wegbrechen und die unterschiedlichen Maßnahmen nicht mehr in dem beschlossenen Umfang finanziert werden können. Wird dann wieder das alte Lied von den maroden Stadtfinanzen angestimmt, um erneut öffentliches Eigentum zu privatisieren und städtische Wohnungen an den Meistbietenden zu verschern? Wie sieht der Plan B der Rathauspitze dann aus? Ach, beinahe hätten wir es vergessen: Einen Plan B gibt es ja nie in Freiburg, es gibt immer nur eine Wahrheit, nämlich die von Schwarz/Grün. Jedenfalls so lange, bis die nächste Wahrheit fällig ist. (Michael Moos)

Die Geschichte vom schönen Bauen – oder: Wem gehört die Stadt?

Na, allen natürlich, dem Gemeinwesen eben.

Aber eben einigen doch ein bißchen mehr. Der Bauunternehmer Rastlos* (Name geändert, wirklicher Name der Redaktion bekannt) zum Beispiel, der darf bauen, wo und wie er will. Und wenn die Herren (und Damen) im Rat der Stadt beschließen, dass aber an einem Ort gar nicht gebaut werden soll oder nicht so hoch und nicht so dicht oder eben einfach nur etwas schöner, dann sagt der Herr Rastlos, dass er seine schönen Projekte gar nicht mehr macht. Ätsch, das hat die Stadt dann davon, und dann sind alle traurig, weil ohne die schönen Projekte des Herrn Rastlos wäre es eben ganz schlimm. Warum, das weiß keiner so genau, aber wenn alle das sagen ... Also kommt der Baureferent Schöner-Dings und sagt, dass er dem Herrn Rastlos schon seine Meinung gesagt habe und dass der eigentlich hätte noch dichter, höher und

hässlicher bauen wollen, weil er damit noch mehr Geld hätte verdienen können, und der Herr Rastlos müsse ja auch schließlich Geld verdienen, sonst würde er all seine Projekte ja nicht mehr machen und dann ... (s.o.) Und dann sind die Herrn (und Damen) im Rat der Stadt (besonders die grünlichen und farblosen) wieder ganz lieb und tun wieder artig, was der Herr Rastlos will. Nur der Herr Diesekönig im Amt für Schönes Bauen ist dann manchmal ganz traurig, weil er weiß, dass Bauen auch ganz anders geht, wenn nicht nur aufs Geld geschaut wird, sondern darauf, dass es schön ist und dass die Menschen gerne drin wohnen und dass es früher ganz anders war, als es noch einen richtigen Bürgermeister fürs Wohnen gab. Aber außer der Fraktion der Eigenwilligen versteht ihn keiner. Und wenn Ihr die Geschichte nicht ändert, dann leben sie noch heute ... (Hendriek Guzzoni)



Nur die UL haben das Projekt Brielmann-Gelände (doppelt so dicht bebaut wie der Alte Messplatz) abgelehnt, nur die UL haben den Neubau BAKOLA mit Hochhaus in der eigentlich denkmalgeschützten Innenstadt abgelehnt, nur die UL haben den Dattler Hotelneubau inklusive Schrägaufzug („harmonisch ins Landschaftsbild eingepasst“, so die Stadtverwaltung), abgelehnt, nur die UL fordert einen Gestaltungsbeirat und die Wiedereinführung eines eigenständigen Baudezernats.

Freiburgs Schulen wurden nicht privatisiert



Was ist Erfolg? Darüber sinniert die Fraktion der Grünen gedankenschwer in ihrer Chronik der Gemeinderatsarbeit 2004 bis 2009. Nun, für unsere Fraktion hat Erfolg in diesen Jahren oft darin bestanden, das Schlimmste (mit) verhindert zu haben, was die Grünen mit der CDU, den Freien Wählern und der FDP durchsetzen wollten. Zum Beispiel die Sanierung von zehn Schulen durch einen privaten Investor – PPP genannt. Das Ganze wurde sauber eingefädelt, dazu OB Salomon: „Eine Realisierung des PPP-Modells ist nur möglich, wenn gleichzeitig die Weichen für eine tiefgreifende Entschuldung des Haushalts über den Verkauf der Freiburger Stadtbau und ihren Wohnungsbestand gestellt werden“ (10.05.2006). Folgsam

stimmte der Gemeinderat PPP mit großer Mehrheit zu – gegen unsere Stimmen. Wie alle Welt weiß, scheiterte dieser groß angelegte Privatisierungscoup von Schwarz/Grün am Bürgerentscheid vom 12.11.2006. PPP – das hätte bedeutet, daß die Stadt 25 Jahre lang für eine in drei Jahren erfolgte Sanierung durchschnittlich jährlich 8,2 Mio bezahlt haben würde, über die gesamte Laufzeit über 200 Mio. Tatsächlich investiert worden wären aber nur 65 Mio. Das ist weitaus weniger, als die Stadt derzeit in Eigenregie in zwei Jahren ohne Fremdkredit an Freiburgs Schulen investiert. Erfolg, das war und ist, PPP verhindert zu haben. (Michael Moos)

Badenova, Thüga und der Privatisierungsirrsinn

1972: Freiburg hat die Stadtwerke privatisiert und die Thüringer Gas (später Thüga) für 18 Mio. DM Beteiligung in die neue FEW geholt.

2008: die e-on muss die Thüga verkaufen, die inzwischen 47% der badenova Anteile hält.

Hätte Freiburg 1972 nicht die Stadtwerke privatisiert und die Thüga ins Boot

geholt, hätte Freiburg sich wie München, Ulm und viele andere Kommunen nicht von dem Privatisierungsirrsinn einfangen lassen, müsste man jetzt nicht mit riesigem Aufwand versuchen, das Schlimmste zu verhindern und die Thüga zu „rekommunalisieren“. Die UL unterstützen die Bemühungen, die Thüga unter kommunale Kontrolle

zu bringen. Es war und bleibt unverantwortlich, wichtige Bereiche der Daseinsvorsorge dem „freien Spiel der Kräfte“ zu überlassen. Diesen Kräften geht es ausschließlich um die Rendite, der Stadt aber muss es um die Sicherung der Versorgung, um Energiesparen und Förderung regenerativer Energien gehen. (Michael Moos)



Bürgerhaushalt Freiburg – bitte nachbessern

206 Bürgerinnen und Bürger haben bei der Stadtkonferenz 2008 in Arbeitsgruppen nach Stadtteilen, Geschlecht oder Lebenssituation ihre Schwerpunkte für den Haushalt 2009/10 festgelegt. Entsprechend beantragten die UL Rücknahme der 10%-Kürzungen im Sport, Sozial- und Kultureinrichtungen, die Einführung des Sozialtickets bei der VAG und stimmten gegen den aktuellen

Mietspiegel und die Mieterhöhungen bei städtischen Wohnungen. Mit Beginn des Verfahrens sprachen sich die Unabhängigen Listen für Stadtteilkonferenzen aus, statt begrenzte öffentliche Umfragen durchzuführen. („Demokratie statt Demoskopie“). Entsprechend auch dafür, über die Einnahmen als auch über die Ausgaben abstimmen zu können. (Ulrike Schubert)

Museum der Herzen – und des Widerstands

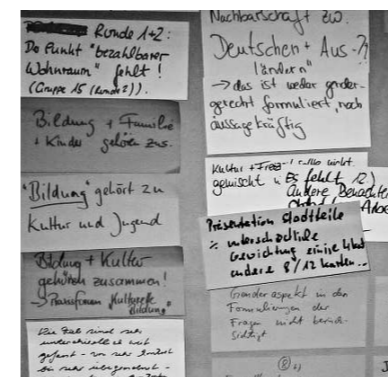
Über 25.000 Unterschriften in kürzester Zeit gegen die Pläne der schwarz-grünen Allianz zum Adelhausermuseum. Erst sollte es ganz geschlossen, dann auf den Mundenhof verlegt werden mit amputiertem Inhalt und Umfang. Kein Museum in Freiburg spricht so viele Kinder und Jugendliche an, kein Museum erfreut sich solcher Beliebtheit. Mit ganzer Kraft haben wir uns für den Erhalt des Adelhausermuseums eingesetzt. Mit Erfolg, wenn auch nicht mit vollem Erfolg. Die „Volksbewegung“, die über 25.000 Unterschriften, haben das Adelhausermuseum gerettet. Ein großer, kulturpolitisch wichtiger Erfolg. Der Wermutstropfen: Die Völkerkunde hat keine feste Ausstellungsfläche mehr, muss sich mit Einzelausstellungen begnügen. Und: Die schwarz-grüne Mehrheit konnte eine dramatische Reduzierung der finanziellen Ausstattung des Museums durchsetzen. Zum Wohl des Masterplans – nicht zum Wohl der Kultur in unserer Stadt, nicht zum Nutzen der Tausenden von Schülerinnen und



Schülern, der unzähligen Menschen, die jedes Jahr das Museum besuchen. Wir wollen ein starkes Adelhausermuseum mit einem ausreichenden Etat – und mit der Integration eines interkulturel-

len Hauses der Kulturen in das Museumskonzept. Hierfür braucht es etwas Geld und viele gute Ideen. Beides sollte vorhanden sein für das Museum der Herzen. (Hendrikk Guzzoni)

Transparenz und Bürgerbeteiligung – Reizworte in politischen Auseinandersetzungen



Sollen städtische Gesellschaften, soweit rechtlich möglich, öffentlich tagen? Die UL sind dafür eingetreten und haben damit eine der (nicht seltenen) persönlichen Attacken des OB gegen Mitglieder des Gemeinderats ausgelöst. Wie aktuell das Thema immer noch ist, hat der Verkauf der 50%igen städtischen Anteile an dem Telekommunikationsunternehmen Breisnet an den Mitgesellschafter mactel gezeigt, der seinerseits wenige Tage später, Breisnet an versatel verkaufte. Beschlossen wurde dieses in einer nicht-öffentlichen Sitzung des Aufsichtsrates der Freiburger Stadtwerke zwei Wochen vorher. Noch nicht einmal Betriebsrat und Belegschaft wussten etwas davon. Die Öffentlichkeit erfuhr das Ganze aus der Zeitung, nachdem die Entscheidung gefallen war.

In derselben nichtöffentlichen Sitzung des Aufsichtsrates wurde beschlossen, dass die Stadtwerke mit ihren 34%igen Anteilen an badenova dafür eintritt, dass E.ON ein Kaufangebot für die Thüga im Juni 09 vorgelegt wird. Die UL beantragte, dass zunächst der OB in einer Bürgerversammlung die Öffentlichkeit über diesen weitreichenden Schritt informiert, dann die Debatte im Gemeinderat und schließlich die im Aufsichtsrat geführt wird. Die UL blieb alleine mit diesem Vorstoß in Richtung Bürgerbeteiligung. Der Aufsichtsrat beschloss nicht-öffentlich, der Hauptausschuss tagte nicht-öffentlich und schließlich am 31.03.09 wurde das alles im Gemeinderat öffentlich nachvollzogen. Transparenz und Bürgerbeteiligung sehen anders aus. (Michael Moos)



Der Bürgerentscheid vom 12.11. 2006 war der erste erfolgreiche Bürgerentscheid in Baden-Württemberg. Er ist ein Meilenstein auf dem Weg für mehr direkte Demokratie. Und er stellt eine Trendwende dar in den Bestrebungen, immer mehr und überall kommunales Eigentum zu privatisieren. Er hat Freiburg wertvolles Vermögen erhalten und den Weg zur sozial- und umweltpolitischen Steuerung (Sanierung Buggingerstr. 50 im Passivhausstandard!) gewiesen. Wenn das kein Grund zum Feiern ist! Und zum Erinnern – über die Kommunalwahl hinaus.



5

**Jahre
Unabhängige
Listen
im Freiburger
Gemeinderat
2004–2009**